Stenographischer Bericht
über die
Sitzung der Stadtverordneten-Versammlung
vom 11. April 1881, Nachmittags 4 Uhr.

Vorsitzender: Regierungsrath Gneist.

Entschuldigt sind die St.-VV. Prof. Freytag, Bethcke, Steckner, Prof. Opel, Loest, Apelt, Dehne, Friedrich, Ernst und Lwowski bis 5 Uhr.

Vorsitzender: Es ist ein Schreiben eingegangen von Herrn Louis Haedicke, worin er sich bedankt für das Glückwunschschreiben, das der Magistrat und die Stadtverordneten-Versammlung an ihn gerichtet. Ferner ist ein Antrag eingegangen, unterzeichnet von den St.-VV. Weinack, Dr. Müller und Wolff. Der Gegenstand wird auf der Tagesordnung der nächsten Sitzung erscheinen. Eingegangen ist ferner eine Eingabe vom Tischlermeister Hirse, worin er sich beschwert, daß er keine Anstellung bekommen. Der Inhalt des Schreibens empfiehlt sich nicht zur Mittheilung.

I. Die Ertheilung der Decharge über Rechnung der Kämmereikasse pro 1878/79.
(Ref. St.-V. Weinack, Korref. St.-V. Klinkhardt.)

Referent: Von der Rechnung der ersten Kämmerei will ich Folgendes mittheilen.

Kämmerei-Rechnung pro 1878/79.

			Soll.
Einnahme.		ℳ.	ℳ.
Etat-Verwaltung		1 146 875,55.	
	+ Zugang	76 862,55.	
		1 223 738,10.	
	·/. Abgang (Disposition)	10 860,—.	1 212 878,10.
Bestand am 1. April 1878			6 708,09.
Etatliche Reste			67 245,01.
Außeretatliche Verwaltung:	Vermögens-Verwaltung	908 792,80.	
	Auf Anleihe-Conten	938,38.	909 731,18.
			2 196 562,38.
Ausgabe.			
Etat-Verwaltung		1 146 875,55.	
	+ Zugang	60 169,21.	
		1 207 044,76.	
	·/. Abgang (Disposition)	99 125,45.	1107 919,31.
Etatliche Reste			26 619,10.
Außeretatliche Verwaltung:	Vermögens-Verwaltung	1 041 779,21.	
	Auf Anleihe-Conten	106 584,19.	1 148 363,40.
			2 282 901,81.

Abschluß.	Soll.	Ist.	Reste.
Einnahme	2 196 562,38.	2 158 320,68.	38 241,70.
Ausgabe	2 282 901,81.	2 113 117,54.	169 784,27.
Baar-Bestand		45 203,14.	
Mehr Ausgabe-Reste			131 542,57.

Es bestehen die Einnahme-Reste aus
ℳ 36 241,70. aus der Etat-Verwaltung,
" 2 000,—. für den Teich von Kreye
ℳ 38 241,70.

die Ausgabe-Reste aus
ℳ 119 670,30. Reservefonds,
" 47 235,37. aus der Etat-Verwaltung,
" 2 878,60. Baureste auf Anleihe-Conten
ℳ 169 784,27.

Außeretatliche Verwaltung.

Einnahme.		
Banquierumsatz		557 989,50.
Lehmann vom Lombard-Darlehn		141 089,30.
verk. Effekten		128,822,25.
Ablösungen		333,57.
Kaufmann, Stadtmauer	550,—.	
Hartig, abgetretener Weg	3 000,—.	
verk. Holz ·/. 207,71 ℳ Kosten	3 425,49.	
Riebeck, Terrain	3 172,50.	
Kreye, Teich	2 000,—.	12 147,99.
Hypotheken auf Müller's Haus		34 500,—.
Ausgabe.		
Banquierumsatz		557 989,50.
gek. Effekten		267 148,45.
Zuckersiederei-Hypothek	25 000,—.	
Schultz "	40 000,—.	65 000,—.
Zurückgezahlte Hypothek auf Müller's Haus		3 000,—.
Müller's Haus	51 551,50.	
Magdeburg-Halberst. Eisenbahn, Acker	1 163,25.	
Fischer, Gartenfleck	600,—.	53 314,75.

Gegen den Etat haben folgende Positionen Mehr- oder Weniger-Einnahmen ergeben resp. Mehr- oder Weniger-Ausgaben erfordert:

Etats-Verwaltung.

			Zugang.	Abgang.
		Einnahme.		
Tit.	II.	Aecker 2c. Pacht	198,21.	
"	IV.	Gebäude für Schulzwecke. Miethe und Versicherung	566,16.	
"	V.	Vermiethete Gebäude Miethe	471,90.	
"	VIII.	1. Berechtigungen. Bürgerrechtsgeld	3 720,—.	
"	"	2, a. Zinsen von Hypotheken	1 762,33.	
"	"	2, b. " " Effekten	6 148,60.	
"	"	2, c. " " div. Forderungen	11 018,19.	
"	X.	Steuern. 1. Einkommensteuer	12 113,88.	
		2. Grund- und Miethssteuer	30 003,16.	
"	XI.	1. Beiträge der Institute zu den Gehältern	3 080,—.	
"	"	2, A. Tantième für Steuern	1 110,26.	
"	"	2, B. Polizeistrafgelder	1 889,50.	
"	XIV.	C, a, 3. Hundesteuer	981,53.	
"	I, 2.	Freiimfelde. Pacht		299,—.
"	III.	Gebäude für Verwaltung. Miethe		335,—.
		Ausgabe.		
Tit.	I.	Beesen und Freiimfelde. Kreiskosten 2c.	457,54.	
"	II.	Aecker, Wiesen 2c. Uferbauten 2c.	722,84.	
"	III.	Gebäude für Verwaltung. Bauten 2c.	6 415,20.	
"	IV.	Gebäude für Schulzwecke. "	5 448,40.	
"	V.	Vermiethete Gebäude. "	2 668,10.	
"	VI.	Thürme. "	2 246,52.	
"	VIII.	2. Zinsen auf gek. Effekten	4 365,50.	
"	X.	Steuern. Rückerstattungen	1 153,50.	
"	XI.	2, A. Magistrats-Verwaltung. Beleuchtung	481,90.	
		Inventarienstücke	982,42.	
		Veranl. d. Geb. St.	3 350,—.	
Tit.	XI.	2, B. Polizei-Verwaltung. Schreibmaterialien	661,02.	
		Heizung	524,05.	
		Arbeitshilfe	2 002,32.	
"	"	2, C. Insgemein. Diäten und Reisekosten	214,43.	
		Gerichtskosten	636,86.	
"	XIV.	B. Reinigung und Unterhaltung der Kanäle	1 247,31.	
		Straßenreinigung	3 040,84.	
"	"	C. gek. Straßenterrain	2 808,20.	
		Warnungstafeln 2c.	447,60.	
		Straßenbeleuchtung	653,38.	
"	IX.	Zuschuß zur Stadtschuldenkasse		6 751,52.
"	XI.	1. Gehälter		7 960,75.
"	"	2, A. Magistrats-Verwaltung. Schreibmaterialien		1 151,71.
		Heizung		872,—.
		Arbeitshilfe		1 039,74.
"	XII.	Unterrichtswesen. Zuschuß		9 020,51.
"	XIV.	B. Straßenreinigung mittels Kehrmaschine		629,77.
		Straßenbesprengung		2 063,51.
		Laternenwärter		834,72.
		Erweiterung u. außerordl. Kosten d. Beleuchtung		2 100,—.
		D. Verschönerung. Zur Disposition		2 800,—.
		F. Quartieramtskasse. Zuschuß		6 501,54.

Betriebs-Resultat.

Gegen den Etat haben ergeben:

A. Vermögens-Haushalt	Mehr-Einnahme	7 546,52	
B. Steuern	" "	40 963,54	48 510,06
C. Wirthschafts-Haushalt	Mehr-Ausgabe	31 816,72	
D. Disposition	Weniger	88 265,45	56 448,73
	Ueberschuß		104 958,79
Hierzu: Abgang auf Ausgabereste			10 221,26
			115 180,05
ab: Abgang auf Einnahmereste			2 141,65
			113 038,40
ab: Mehr-Rückzahlung der Gottesackerkasse			7 291,72
	Wirklicher Betriebs-Ueberschuß		105 746,68

Effekten-Verkehr:

1. April 1878.	Bestand nach Cours	1 567 193,22	
	+ gekauft	267 148,45	
		1 834 341,67	
	·/. verkauft	128 822,25	
	Soll	1 705 519,42	
1. April 1879.	Bestand nach Cours	1 797 477,75	
	Gewinn	91 958,33	
Davon auf Halle-Sor. St.-Akt.		5 550,—	
Diverse		86 408,33	

Vermögens-Nachweisung:

	Nominal	Cours
Activa	5 322 559,12	4 969 261,77
Passiva	5 151 995,86	5 151 995,86
Mehr Activa	170 563,26	
" Passiva		182 734,09
1. April 1878 mehr Passiva		341 050,61
1. April 1879 " "		182 734,39
Vermehrung des dispon. Vermögens		158 316,52

Activa.		
Baarbestand	26 561,59	
	45 203,14	
Einnahme-Reste	38 241,70	
Hypotheken	439 970,—	
Forderungen an städt. Kassen	2 192 896,89	
Banquierguthaben	428 910,70	
Effekten (Cours)	1 797 477,75	
	4 969 261,77	
Passiva.		
Ausgabe-Reste	26 561,59	
	50 113,97	
Reservefonds	119 670,30	
Schulden an div. Kassen	82 800,—	
Hypotheken	72 300,—	
Consol. Anleihen	4 800 550,—	
	5 151 995,86	

Stadtschulden-Kasse.

		Ist.	Reste.
Einnahme	Bestand	20 054,01	
	Zuschuß der Kämmerei	335 092,61	
		355 146,42	
Ausgabe		328 585,03	26 561,59
	Baarbestand	26 561,59	
	Ausgabe-Reste		26 561,59

Pflasterstein-Fond.

	Stücke	□m	cbm	
Einnahme (Ankauf)	12 173	4098,896	528,415	31 399,16
Ausgabe (Verbrauch)	283	213,660	65,500	2 121,09
Bestand	11 980	3885,336	452,915	
Vorschuß				29 278,07

Die Rechnung selbst ist von der Kalkulatur geprüft. Ebenso haben von den Bemerkungen, welche zur Superrevision gemacht sind, mehrere ihre Erledigung durch die Beantwortung gefunden, welche Herr Bürgermeister v. Hagen darauf gegeben. In mehreren Punkten ist Herr Bürgermeister v. Hagen vollständig einverstanden. Ich werde mir erlauben die einzelnen Punkte zu nennen, da die definitive Entscheidung vom Herrn Bürgermeister Staude zu treffen sein wird und wir in Folge dessen uns den Antrag erlauben, bei diesen Punkten den Magistrat zu ersuchen, den Anträgen, welche bei der Revision gemacht sind, resp. den bereits gegebenen Beantwortungen zuzustimmen. Es waren dies folgende Punkte, in denen Herr Bürgermeister v. Hagen einverstanden war:

In der Restverwaltung waren theils in Einnahme, theils in Ausgabe verschiedene Posten neu hinzugefügt, die nicht aus Einnahme und Ausgabe der früheren Jahre herrührten, sondern in der Einnahme erschienen einige ganz neue Posten und in der Ausgabe waren die Pflasterungsbeträge neu eingestellt. Es schien uns nun korrekt, daß diese Einnahme-Posten unter die gewöhnliche Etatverwaltung gesetzt würden, während in Betreff der verausgabten Pflasterungsbeträge, die aus Beträgen hergestellt sind, die in früheren Jahren in Abgang gestellt waren, es uns richtig erschien, daß diese Posten nicht in der Restverwaltung wieder neu erschienen, sondern daß sie in der außeretatlichen Verwaltung zur Berechnung zu kommen hätten. Herr Bürgermeister v. Hagen war damit vollständig einverstanden und sagte zu, es solle in Zukunft so geschehen. — Den Kontokorrent-

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-629230-18810415023/fragment/page=0001

verkehr mit Herrn Bankier Lehmann betreffend war bei der vorigen Kämmereirechnung beschlossen, eine gemischte Deputation einzusetzen. Diese hat noch nicht zusammentreten können und es wird die Angelegenheit noch zur Erledigung zu kommen haben.

In Betreff des Miethsertrages der Häuser auf dem Harz hatten wir bereits im vorigen Jahre den Wunsch ausgesprochen, daß die Mietherträge nicht wie es bis jetzt der Fall gewesen, in einem summarischen Belag in der Kämmereirechnung nachgewiesen würden, sondern daß jede einzelne Wohnung mit dem Namen des Inhabers aufgeführt würde, so daß eine vollständige Uebersicht ermöglicht würde. Auch das hatte Herr Bürgermeister v. Hagen zugesagt. Wir hatten jetzt Veranlassung den weiteren Wunsch hinzuzufügen, daß auch die nicht einziehbaren Miethsreste speziell aufgeführt werden möchten, was auch der Herr Bürgermeister zugesagt hat.

Unter dem Titel: Arbeitshilfe für Magistratsbureaus, fanden wir bei einigen Posten größere Beträge liquidirt und zwar in einer summarischen Weise, welche zu Bedenken Veranlassung gab. Bei einem Posten von 700 ℳ fanden sich die Worte: Für diese von mir angenommene außerordentliche Hilfe habe ich 700 ℳ zu zahlen und ich bitte um die Anweisung derselben. Ein Anderer hatte einmal 223,41 ℳ, ein anderes Mal 344,66 ℳ liquidirt, das erste Mal mit den Worten: der Betrag ist von mir zu verausgaben gewesen, das zweite Mal mit den Worten: die Vorarbeiten haben folgende Ausgaben veranlaßt. Ohne speziellere Nachweisung der einzelnen Beträge sind diese Posten in dem laufenden Etat zur Anweisung und Verausgabung gekommen. Wir konnten das nicht für richtig halten und erbaten auch für solche Posten eine spezielle Nachweisung.

Der Herr Bürgermeister v. Hagen hat geantwortet, die Herren wollten sich überzeugt halten, daß die betreffende Liquidation nicht ohne Weiteres, sondern nach geführtem Nachweis geschehen sei, die betreffenden Arbeiten machten stets das Aufgebot außerordentlicher Kräfte nothwendig, für deren Beschaffung der betreffende Bureauchef größere Summen absolut nöthig hatte; die nach bisherigen Einheitspreisen gezahlten Löhne seien zweifellos sehr mäßig, indessen würden zur Vermeidung derartiger Erinnerungen, welche einem Mißtrauensvotum gleichen, dergleichen Leistungen künftig genau specificirt zur Rechnung kommen.

Ich muß zunächst sagen, daß von einem Mißtrauensvotum keine Rede sein kann. Am allerwenigsten hätte ich Veranlassung zu einem Mißtrauen in dieser Beziehung, nachdem ich mich in längeren Jahren überzeugt habe, mit welcher Sparsamkeit und Ordnung Herr Bürgermeister vom Hagen die ganze Verwaltung geleitet hat. Die Bemerkung richtet sich einfach gegen das Formelle der Sache, und es schien erforderlich, daß bei solchen größeren Beträgen die Rechnung möglichst specificirt nachgewiesen würde.

Unter den sachlichen Ausgaben fand sich unter anderem für Petroleum eine Summe verausgabt vom Oktober 1877 bis zum Januar 1878. Für die fernere Zeit des Etatjahres 1878 fehlt jeder Nachweis. In Betreff dieser Angelegenheit hat der Herr Bürgermeister zugesagt, daß die betreffenden Herren angewiesen werden sollten, für rechtzeitige Einreichung der bezüglichen Rechnung zu sorgen. In diesen Punkten bitte ich unseren Anträgen resp. den Entscheidungen des Herrn Bürgermeister vom Hagen zuzustimmen. — Es kommen einige Punkte hinzu, in Betreff deren wir uns spezielle Anträge zu stellen erlauben. In der Frage, betreffend die Entschädigung des Staates für die Bearbeitung der klassifizirten Einkommensteuer hatten wir uns eine Anfrage erlaubt. Bei der Etatsberathung ist die Sache bereits zur Sprache gekommen und mit Rücksicht auf die Erörterung, die der Herr erste Bürgermeister Bertram dabei gegeben, bitte ich Sie, den Magistrat zu ersuchen, diese Frage der Finanzkommission zur Vorberathung zu überweisen.

Unter den Ausgaberesten ist ein Betrag von 4400 ℳ bezeichnet als Vergütigung an Herrn Löther für Extraarbeiten bei dem Kanal an der Sophienstraße. Es war damals ein Streit zwischen Herrn Löther und der Stadt, welcher dadurch beigelegt werden sollte, daß die Stadtverordneten-Versammlung auf Antrag des Magistrats einen Sachverständigen ernannte welcher in Gemeinschaft mit einem Sachverständigen, der von Herrn Löther zu bezeichnen war, ein Gutachten abgeben sollte. Diese Sachverständigen haben 4400 ℳ als denjenigen Preis bezeichnet, welcher von der Stadt dem Herrn Löther zur Verfügung zu stellen sei. Daraus wurde diese Summe von der Kämmerei bezahlt, ohne daß, wie es ausdrücklich in dem Mandat heißt, eine Bewilligung seitens der Stadtverordnetenversammlung herbeigeführt ist. Der Magistrat war der Meinung, es sei nicht erforderlich, die Angelegenheit der Stadtverordnetenversammlung noch einmal zur Annahme vorzulegen und nachdem die Bezahlung einmal beschlossen gewesen, sei dieselbe lediglich auf Grund des Gutachtens zu leisten gewesen.

Wir konnten uns mit dieser Auffassung nicht einverstanden erklären und meinten vielmehr, daß bei solchen Posten, bei welchen eine prinzipielle Bewilligung stattgefunden habe, auch nachdem der betreffende Betrag festgestellt sei, dann die eigentliche Bewilligung der Gelder seitens der Stadtverordnetenversammlung erfolgen müsse.

Herr Bürgermeister vom Hagen hat darauf erwidert: „Da die gewählten beiden technischen Vertrauensmänner die Frage, ob und welche Entschädigung dem Herrn Löther zu gewähren sei, endgiltig zu entscheiden hatten und das Gutachten übereinstimmend lautete, so konnte der Magistrat sich meines Erachtens mit Recht für befugt erachten, ohne Weiteres eine Zahlung leisten zu lassen, wozu die Stadt verpflichtet war." Auch nach dieser Beantwortung können wir nur bei unserer ersten Meinung stehen bleiben und wir glauben, daß der Magistrat zustimmen wird, nachdem kürzlich der Magistrat in Betreff der Summe, die für das Hochzeitsgeschenk für Ihre königl. Hoheiten den Prinzen und die Prinzessin Wilhelm von Preußen aufgewendet wird, wo auch die Bewilligung im Prinzip ausgesprochen war, diese Bewilligung speziell beantragt hat. Hiernach glauben wir annehmen zu dürfen, daß der Magistrat jetzt unserer Meinung sich anschließt und wir erlauben uns deshalb zu beantragen, den Magistrat zu ersuchen, in Betreff jeder im Prinzip bewilligten Ausgabe, die eigentliche Bewilligung folgen zu lassen, sobald die betreffenden Beträge festgestellt seien.

Seiner Zeit waren von der Polizeiverwaltung 3000 ℳ für vermehrte Straßenreinigung in Aussicht genommen. Die Verausgabung unterblieb damals, die Summe wurde in Rest gestellt und nach der Auskunft des Herrn Bürgermeister vom Hagen wird dieselbe noch jetzt im Rest geführt. Dies erschien uns nicht korrekt, da diese 3000 ℳ nur für solche Ausgaben, die im betreffenden Etatjahr entstehen würden, bewilligt war, und wir bitten Sie, den Magistrat zu ersuchen, die erwähnten 3000 ℳ in der Kämmereirechnung 1880/81 in Abgang stellen zu lassen.

Zu der Position Heizung der Polizeilokale hatte ich schon Gelegenheit genommen bei einer früheren Nachbewilligung auf diesen Titel den Verbrauch der Revierpolizeilokale in Betracht zu ziehen. Da eine Aeußerung seitens des Magistrats noch nicht ergangen ist, so haben wir für den Fall, daß der betreffende Beschluß der Stadtverordnetenversammlung, der dahin lautet, daß der Magistrat ein Abkommen treffen möge, nach welchem die Revierpolizeibeamten auch die Heizung der amtlichen Lokale zu übernehmen hätten, daß, falls dieser Beschluß die Zustimmung des Magistrats nicht finden würde, erstens die Kohlen nur auf Grund von Scheinen abgeliefert werden sollen und zweitens, daß nicht große Quantitäten auf einmal abgeliefert werden. Dies rechtfertigt sich daraus, daß es wünschenswerth erscheint, daß nicht unnöthig Materialien verloren gehen bei einer längeren Lagerung. Der Herr Bürgermeister ist hiermit vollständig einverstanden.

Endlich beantragen wir die Decharge-ertheilung mit Vorbehalt der Baurechnungen, welche zur Superrevision seitens der sachverständigen Stadtverordnetenmitglieder abgegeben werden müssen. (Die Anträge werden darauf noch einmal vorgelesen.)

Correferent: M. H., mir ist zum ersten Male die Kämmereirechnung zu Händen gekommen, und Sie werden es natürlich finden, daß ich mich da erst ordentlich habe hineinarbeiten müssen, um mich überhaupt einigermaßen herauszufinden. Es wurde mir dadurch leichter, daß die Kämmereirechnung in so ausgezeichneten Händen, wie die des Herrn Stadtverordneten Weinack war, welcher mit vielem Fleiß und vielem Eifer die Rechnung zur Durchsicht gebracht hat. Sie haben schon gehört, was uns im Ganzen aufgefallen ist, und ich habe nichts hinzuzufügen.

Nur eins möchte ich noch bemerken, das vielleicht von Interesse sein dürfte: Es ist mir eine Mehreinnahme aufgefallen, die mich aber weniger erfreut hat. Es betrifft die Polizeistrafgelder. Nach dem Etat waren 9000 ℳ in Einnahme gestellt und es sind 10 889,50 ℳ auf 3145 Mandate eingegangen. Ich hätte gewünscht, daß die Polizeistrafgelder eher unter dem Etat geblieben wären, der schon außerordentlich hoch ist. Außerdem ist eine Ausgabe aufgeführt zur Deckung der Neuveranlagung der städtischen Gebäude für die Staatsgebäudesteuer. Ich bin ganz erstaunt, daß der Staat verlangt, daß diese Abschätzung lediglich auf Kosten der Stadt geschehe. Vielleicht kann Herr Bürgermeister Staude darüber Auskunft geben, ob die Stadt allein diese Kosten zu tragen hat. Es kann dies bei mir auf Unkenntniß beruhen. — Im Ganzen genommen hat auf mich die Kämmereirechnung den Eindruck großer Sorgfalt gemacht.

Bürgermeister Staude: So weit mir die Sache im Gedächtniß ist, ist es allerdings Pflicht der Gemeinde, diese Posten zu tragen. Ich halte das auch für durchaus ungerecht, aber ich bin überzeugt, daß man diese Posten tragen muß.

Die Stadtverordneten-Versammlung stimmt sämmtlichen Anträgen zu.

II. Die Feststellung der Entschädigung für das aus dem früher Stößel'schen Grundstück zur Straße fallende Terrain. (Referent: Stadtv. Hildebrandt.)

Referent: Der jetzige Besitzer des früher Stößel'schen Grundstücks beabsichtigt dasselbe zu bebauen. Es fallen 70 □.-Meter der Stadt zu. Der Besitzer beansprucht einen Einheitspreis von 20 ℳ für den □.-Meter. Der Magistrat erklärt sich einverstanden und die Versammlung wird ersucht, sich ebenfalls einverstanden zu erklären.

Dies geschieht.

IV. Die Vorlage des Projektes zur Ventilation des Stadtverordnetensaales kommt nicht zur Erledigung, da der Referent durch Heiserkeit genirt ist.

V. Die Regulirung der Fluchtlinie für das Grundstück Martinsberg Nr. 13. (Referent: Stadtv. Steinhauf.)

Referent: Der Herr Kaufmann Simon, der Eigenthümer des früheren Stadelmann'schen, zuletzt Geiß'schen Hauses, am Martinsberg 13, beabsichtigt dort einen Neubau auszuführen, nachdem das alte Haus weggebrochen sein wird, und hat durch den Herrn Architekten Wrede ein Bauprojekt eingereicht, zu welchem er die städtischen Behörden bittet, eine Fluchtlinienregulirung festzustellen, falls dieselbe nöthig ist. Am 31. März ist der Gegenstand in der Baukommission behandelt und die Baukommission hielt eine weitere Fluchtlinienregulirung nicht für nöthig, nur sollte an der vorderen Ecke der Gottesackergasse eine Eckverbrechung mit einer Schenkellänge von 2,50 Meter stattfinden. Zu gleicher Zeit wurde anheimgegeben, wenn die Façade es wünschenswerth erscheinen ließe, die Eckverbrechung mit einer kleineren Schenkellänge zu genehmigen. Von einem weiteren Zurückgehen nahm die Baukommission Abstand, weil, wenn man diese Gottesackergasse in der Zukunft erweitern wolle, es geboten erscheint, von dem Grundstück des Frauenvereins, das hinten einen großen Garten mit freiem Terrain hat, etwas wegzunehmen, weil nach dieser Richtung eine größere Verkehrsbewegung nach dem Loest'schen und Degenkolbe'schen Stadttheile hin bevorsteht.

In dem Stadtbauamt stellte sich nun heraus, daß die Façade es wünschenswerth erscheinen lasse, die Eckverbrechung etwas geringer ausfallen zu lassen, und Herr Kaufmann Simon wurde aufgefordert, sowohl hier unten am Martinsberg, als auch oben gegenüber dem Portale des Friedhofes eine Eckverbrechung mit 2,25 Meter Schenkellänge herzustellen. Herr Simon fügte sich dieser Aufforderung ohne Weiteres und erklärte sich bereit, das hier an die Stadt fallende Terrain unentgeltlich herzugeben, was anerkennenswerth zu sein scheint, weil wir es hier mit einem bebauten Grundstücke zu thun haben. Der Magistratsantrag geht nun auch dahin, die Stadtverordnetenversammlung möge eine solche Fluchtlinienregulirung mit einer derartigen Abstumpfung der unteren und oberen Ecke mit 2,25 Meter Schenkellänge genehmigen.

Inzwischen stellte sich bei genauerer Messung heraus, daß die Grenzmauer keine gerade Linie sei, sondern von a nach d und über b nach c einen Knick macht und hier weiter in die Straße hinausgeht. Aus diesem Grunde hat der Herr Stadtbaurath noch einmal mit Herrn Simon verhandelt und ihn zu überreden gewußt, daß er außer den beiden zubewilligten Eckversturmpfungen auch noch eine Geradelegung der Linie in geradliniger Verlängerung über a b nach c sich gefallen lassen will und das hierdurch weiter freigelegte Terrain von 6 Quadratmetern über die Versturmpfung hinaus unentgeltlich abtreten will. Die Versammlung wird gebeten, dieser Regulirung ihre Zustimmung zu geben. Ich glaube nicht, daß von der Stadt eine höhere Forderung gemacht werden kann. Wenn Sie diesen Antrag genehmigen, würden Sie nicht den Magistratsantrag, sondern die über denselben hinausgehende Bestimmung bewilligen. Die Fluchtlinie des Kaufmann Simon'schen Hausgrundstückes führt von Punkt a zu Punkt b und von hier aus geradlinig verlängert bis nach c. Bei a und c treten Eckverbrechungen mit einer Schenkellänge von 2,25 Meter ein. Ich glaube, mit diesem Wortlaut ist wohl die ganze Fluchtlinie vollständig präzisirt und ich bitte Sie, diese Fluchtlinie zu genehmigen. Ich habe noch zu bemerken, Herr Kaufmann Simon verpflichtet sich zu allem Diesen unter der Bedingung, daß er die obere Eckverbrechung und die geradlinig hergestellte Mauer erst innerhalb von 5 Jahren fertig zu stellen hat. Das ganze abzutretende Terrain ist rund 11,06 Quadratmeter.

Stadtv. Görlitz: Die Erklärung des Herrn Simon hat nur dann eine Bedeutung, wenn sie hypothekarisch eingetragen wird. Sonst ist dieselbe nicht mehr rechtsverbindlich, wenn das Grundstück verkauft wird. Es ist deshalb wünschenswerth, daß die Eintragung geschieht. Ich glaube, der Magistrat wird davon Notiz nehmen.

Der Antrag wird genehmigt.

Vorsitzender: Ich kann wohl im Namen der Stadtverordnetenversammlung erklären, daß die unentgeltliche Abtretung mit Dank angenommen wird.

VI. Der Vorschlag auf Abänderung der Breite des oberen Theiles der projektirten Verbindungsstraße zwischen Rathhausgasse und Schimmelthor. (Referent Stadtv. Gräb.)

Referent: M. H., am 2. August 1880 nahm die verehrte Stadtverordneten-Versammlung die neu anzulegende Straße, welche durch das Postgrundstück geht, in einer Breite von 13 Metern an. Die Vorgeschichte war ja wohl die, daß schon am 27. Juni 1879 vom Herrn Stadtbaurath Schultz dem Magistrat diese Straße vorgeschlagen wurde. Am 17. Juli desselben Jahres beschäftigte sich die Baukommission mit diesem Projekt und erwärmte sich so weit für dasselbe, daß es am 18. Juli angenommen wurde. Am 15. September wurde die Sache in die Versammlung gebracht. Da eine Nothwendigkeit zur Regulirung der Straße nicht vorlag, wurde die Angelegenheit damals abgelehnt. Später ist der Meißner'sche Garten von dem Herrn Zimmermeister Werther erworben und dieser trat mit einem Bebauungsprojekt an den Magistrat heran. Am 8. Juni 1880 wurde zuerst in der Baukommission darüber berathen und es ist damals die Straße, wie sie schon früher festgestellt war, von der Baukommission angenommen. Am 2. August hat die Stadtverordnetenversammlung die Straße in diese Breite von 13 Metern genehmigt. Es sind nun seitens der kaiserlichen Oberpostdirektion und des Herrn Zimmermeister Werther Proteste eingelaufen. (Es wird das Schreiben der kaiserlichen Oberpostdirektion vom 14. September 1880 verlesen.)

Es werden folgende Einwendungen erhoben: Es liegt trotz der gegentheiligen Aeußerung eines Redners in der Absicht des Reichspostamtes, die auf diesem Grundstück gelegenen Dienstgebäude zur Aufnahme der sämmtlichen Diensträume des kaiserlichen Telegraphenamtes und zu anderen Zwecken, deren Dringlichkeit hervortritt, in erheblicher Weise zu erweitern im Interesse des Verkehres der Stadt und gewiß nicht ohne Berücksichtigung des oft ausgesprochenen Wunsches nach Verschönerung der Poststraße. Es ist nicht möglich, daß ein Theil des Dienstes hier, ein anderer an einer anderen Stelle verrichtet wird. Es wird ferner die Nothwendigkeit der geplanten Anlage bestritten. Ein allgemeines Bedürfniß kann nicht anerkannt werden, denn einerseits wird die Verbindung von dem Schimmelthor nach der Rathhausgasse nur unwesentlich abgekürzt, andererseits ist eine Straße mit einer Steigung von 1 : 19,6, was eine 3 Meter gehobene Böschung darstellt, nicht geeignet, einem Bedürfniß abzuhelfen. Drittens wird die polizeiliche Zulässigkeit der Straßenanlage in Abrede gestellt. Es wird schwerlich die maßgebende Aufsichtsbehörde zu einem neuen Straßenprojekt mit einer Steigung von 1 : 19,6 auf 199 Meter ihre Zustimmung geben. Die Reichspost kann sich der Ueberzeugung nicht verschließen, daß die Aufstellung dieses Projektes lediglich den Zweck hat, die Bebauung des jetzigen Postgartens zu hindern. Auf dieses Schreiben wurde der kaiserlichen Oberpostdirektion mitgetheilt, daß die Straße von großer Wichtigkeit wäre.

Vorsitzender: Ich möchte mir die Bemerkung erlauben, daß es sich heute nur um den oberen Theil der geplanten Verbindungsstraße handelt.

Referent: Dann kommen wir um so schneller hierüber hinweg, die Sache läßt sich dann ungeheuer vereinfachen. Ich werde nur den letzten Brief des Herrn Werther verlesen, welcher lautet: „Ich gebe hierdurch die Erklärung ab, daß ich meinen Widerspruch gegen die Richtungslinie der projektirten Straße zwischen dem Schimmelthor und der Rathhausgasse aufgebe, falls diese Straße nur 12 Meter breit sein würde. Nach dem vorliegenden

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-629230-18810415023/fragment/page=0002

Bescheid des Provinzialrathes wurde nun hinsichtlich der Straßendurchlegung zwar die Bedürfnißfrage bejaht, aber eine andere Richtung für nothwendig erachtet. Gegen diesen Bescheid steht die Beschwerde an den Minister für öffentliche Arbeiten zu. Herr Zimmermstr. Werther läßt nun seinen Widerspruch fallen, wenn die projektirte Straße statt 13, 12 Meter breit wird. Da wir nun beabsichtigen, den Weg der Beschwerde zu beschreiten und jedenfalls mehr Aussicht auf Erfolg haben, wenn Herr Werther seine Einwendung fallen läßt, so stellen wir die ergebene Bitte, die Breite der projektirten Verbindungsstraße, welche nach einem früheren Beschluß mit 13 Meter genehmigt wurde, für den oberen Theil der Straße auf 12 Meter zu verringern, im Uebrigen aber den Beschluß bestehen zu lassen.

Stadtv. Wolff: Ich halte die Verbindungsstraße nicht für nothwendig, und damals, als die Straße angenommen wurde, hieß es, daß dieselbe nichts kostete, Herr Werther gäbe das Straßenterrain umsonst heraus. Ich hatte Gelegenheit, mit ihm kurz nachher darüber zu sprechen, und es wurde mir die Antwort, daß ihm das gar nicht einfiele, er hätte auf die Straße nicht angetragen. Ich möchte den Herrn Referenten fragen, ob Herr Werther erklärt hat, von allen Remunerationen abzustehen.

Referent: Ich glaube nicht, daß uns Kosten erwachsen werden. In seinem ersten Projekte hatte nämlich Herr Werther einen bloßen Durchgang projektirt. Dieser private Durchgang hatte schon, wie ich nachgemessen habe, eine Breite von 5 Metern. Wenn Herr Werther nun 12 Meter giebt, also 7 Meter zu den früheren zulegt, so bekommt auch sein Grundstück eine ganz andere werthvolle Lage. Früher lag es am Martinsberg, jetzt liegt es an einer fahrbaren Straße, die unmittelbar nach dem Markte zugeht. Sie werden mir wohl zugeben, daß solche bebaute Grundstücke an solcher Lage ganz andere Werthobjekte sind. Herr Werther hat sich schließlich darum mit diesen Plänen einverstanden erklärt und wünscht nur, daß er in die Lage gebracht werde, das Grundstück bebauen zu können. Herr Werther hatte gedacht, daß man die Straße etwas südlicher legen würde. Dann würde zunächst das Postgrundstück weniger inkommodirt und sein Grundstück würde nicht in zwei Theile gerissen. Er meinte, er könne dann vier zusammenhängende Grundstücke machen und Gärten hinter den Häusern anbringen. Im ersten Moment dachte er, er würde sich dadurch besser stehen. Er hat sich aber davon überzeugt, daß er durchaus schlechter stände. Er bekommt jetzt 4 Grundstücke, die eine doppelte Länge haben. Die Gärten liegen ebenfalls an der Straßenfront und diese bekommen dadurch einen größeren Werth. Nach meinem Dafürhalten werden Kosten nicht erwachsen.

St.-V. Hüllmann: M. H.! ich werde dafür stimmen, daß man die 13 m bestehen läßt und nicht 12 annimmt, damit der Protest des Herrn Werther noch ferner besteht. Ich muß gestehen, ich habe mich mein Lebtag nicht dafür interessirt, dort eine Fahrstraße anzulegen, zumal diese Straße die Post ganz wesentlich verkleinert. Ich bin kein Freund, jedes Bischen Gartenland zu Straßenanlagen zu verwerthen. Ich hoffe, daß der Protest der kaiserlichen Postbehörde und des Herrn Werther durchdringen werden.

Stadtbaurath Lohausen: Ich möchte bitten, der Frage keine neue Wendung zu geben. Ueber die Bedürfnißfrage hat man seit geraumer Zeit beschlossen und diese Anschauung ist gutgeheißen von der Provinzialverwaltung. Die Bedürfnißfrage wird bejaht und ich glaube nicht, daß die Stadtverordneten-Versammlung, wenn sie konsequent sein will, heute noch einmal nach dieser Richtung vorgehen kann. Ich bitte bei der Sache zu bleiben. Ich möchte mir erlauben, auf die Hauptsachen zurückzukommen. Wie bereits erwähnt worden ist, hat die Provinzialverwaltung ausdrücklich die Bedürfnißfrage hinsichtlich einer Verbindungsstraße zwischen der Rathhausgasse und dem Schimmelthor bejaht, aber zu gleicher Zeit ist gesagt worden, es schiene dem Provinzialrath möglich, auf die Privatinteressen der Postverwaltung und des Herrn Zimmermeister Werther einzugehen und eine andere Richtung vorzuschlagen als jene.

Auf diesem Plane, der dort ausgehängt ist, stellt die rothe Linie den Vorschlag der Stadt, die andere den des Herrn Werther dar. Von einem andern kann nicht die Rede sein. Ich will gleich bemerken, daß der Plan etwas verzerrt die Sache darstellt, das richtige Bild sehen Sie da bei dem Herrn St.-V. Steinhauf. Wir sind aufgefordert, entweder ein neues Projekt einzureichen oder bis zum 15. April gegen die Festsetzung der Provinzialverwaltung zu protestiren. Wir haben die Absicht, den letzteren Weg einzuschlagen und bitten, den Appell an den Minister dadurch zu erleichtern, daß wir dem Wunsche des Einen entgegenkommen.

Herr Zimmermeister Werther wünscht, daß die Breite der Straße, welche mit 13 m festgesetzt ist, auf 12 m reduzirt werde. Sein Grundstück wird in der That durchschnitten, und wie wesentlich es ist, einen halben Meter mehr Tiefe zu haben, haben Sie neulich bei dem Spierling'schen Falle gesehen. Ich kann es sehr wohl begreifen, daß er großen Werth darauf legt, auf jeder Seite seiner Straße 0,50 m mehr zu erhalten. Es wird mir ungeheuer schwer, für eine Breite von 12 m einzutreten. Die Herren werden sich erinnern, daß ich das vorige Mal gegen die Anschauungen der Herren angekämpft habe, welche nur 12 m Breite verlangten. Noch in der Baukommission habe ich für die 13 m Breite gestimmt. Da aber Herr Werther veranlaßt ist, seinen Protest fallen zu lassen und jetzt jedenfalls unser Protest mehr Aussicht hat, so bittet der Magistrat die verehrliche Versammlung, sich der Breite von 12 m anschließen zu wollen. Es würde bedenklicher sein, auch für den untern Theil die Breite der Straße auf 12 m zu reduziren. Wenn die Straße auch nicht so steil ist — viele Herren scheinen sich eine übertriebene Vorstellung davon zu machen — so wird es doch für die dortige Gegend unvortheilhaft, vielleicht gefährlich bei schnellerem Fahren, wenn die Straße eine geringere Breite haben würde. Ich bitte für den unteren Theil die Breite bestehen zu lassen und für den oberen Theil, so weit das Werther'sche Grundstück reicht, dieselbe auf 12 m zu reduziren.

St.-V. Görlitz: Ich bin im Allgemeinen einverstanden mit dem, was der Herr Stadtbaurath gesagt hat, aber m. M., ich halte dafür, die Sache ist nicht dazu angethan, um früher oder später eine Meinungsverschiedenheit zu provoziren. Ich halte es für angezeigt, auf die finanzielle Frage mehr einzugehen, wer die Straße zu bezahlen hat. Allerdings war bei dem ersten Referat die Sache zweifelhaft. Ich glaube, man hat damals gesagt, der Ausbau der Straße würde uns nichts kosten. Ueber die Acquisition des Terrains hat man sich wohl nicht geäußert. Ob hier zu bezahlen ist und wer zu bezahlen hat, ist zweifelhaft. Nach dem Ortsstatut ist das Terrain nicht zu bezahlen, wenn es weiter außerhalb liegt, liegt es aber in einer Straße, welche als eine bebaute, reguläre Straße anzusehen ist, so muß das Terrain bezahlt werden.

Nun hat Herr Werther an der Schimmelgasse eine Pforte für Fußgänger. Durch Selbsthilfe ist es ermöglicht, daß aus der Pforte ein Thor geworden ist, wodurch Wagen fahren und zwar durch städtisches Terrain. Schon in der Bauverwaltung wurde der Wunsch ausgesprochen, diesem Treiben ein Ende zu machen. Da aber Herr Werther auf die Verbindung nach der Schimmelstraße bestehen muß, so wird er sich billig finden lassen. Herr Werther braucht uns mehr als wir ihn, wir pressiren nicht auf die Straße, aber Herr Werther wird seine Grundstücke gehörig verwerthen wollen. Das kann er nur, wenn er auf der Schimmelstraße eine angemessene Front erhält. Wir können ihm dafür eine ansehnliche Rechnung aufstellen und er wird gute Miene zum bösen Spiel machen und nicht einen Einheitspreis für den □m, sondern eine Pauschalsumme beanspruchen. Es würde wünschenswerth sein, daß Sie mit dem Bewußtsein Ihre Zustimmung geben, daß zu zahlen ist. Aber die Nothwendigkeit dieser Straße ist vorhanden. Ich halte die Straße für absolut nothwendig. Stellen Sie sich heute an einem Wochentage — um gar nicht zu reden von einem Sonntage — einmal dorthin, wo das Postgrundstück steht und überzeugen Sie sich, wie kolossal der Verkehr schon heute ist. Wo wollen Sie denn durch. Es sollen die klinischen Institute gebaut werden, auf dem Felde, wo die Ausstellungshalle steht, wird ein neuer Stadttheil entstehen. Soll da der ganze Verkehr durch die Schimmelstraße, Steinthor oder die Steinstraße, die auch einen großen Verkehr hat, gehen, von der wir erst neulich klar legten, daß die Breite dieser Straße nicht ausreicht. Das ist auf die Dauer nicht haltbar. Mit dem Zunehmen des Verkehrs müssen wir neue Verkehrswege schaffen. Wie würde sich der Verkehr durch die Leipzigerstraße machen, wenn die Poststraße nicht vorhanden wäre und bei der Abstimmung über die Anlegung derselben sind wir auch auf Opposition gestoßen. Heute würde Niemand dagegen sprechen. Aehnlich steht es mit der Straße bei Café David, wo man das Aeußerste aufgeboten, wo man 3, 4 Abstimmungen provozirt hat, um die Straße zu hintertreiben. Ich glaube, sehr wenige der Herren, die damals dagegen waren, werden heute erklären, die Straße sei überflüssig. Aehnlich wird es hier auch sein. Lassen Sie einmal 5 Jahre ins Land gehen, wie wird sich da der Verkehr entwickelt haben. Durch die Ablehnung verschließen wir die Möglichkeit der Verbindung auf ewige Zeiten.

M. H., Sie haben schon einmal A gesagt und werden gewiß auch das B sagen, indem Sie sich mit einer möglichst großen Mehrheit für die Vorlage entscheiden. Wenn wir die Breite des oberen Theiles auf 12 Meter in der Baukommission vermindert haben, so haben uns auch finanzielle Rücksichten zum Theil geleitet. Wir werden einen Meter weniger zu bezahlen haben. Ich bitte die Vorlage, wie sie gemacht ist, gerade im Interesse der Herren, die aus finanziellen Gründen dagegen stimmen, annehmen zu wollen. Herr St.-V. Hüllmann empfiehlt, möglichst viel Gartenland zu erhalten. Das ist in Halle auf die Dauer nicht mehr möglich. Von diesem Gesichtspunkte aus halte ich die Debatte für unmöglich. Ich bitte noch einmal, die Vorlage anzunehmen.

Referent: M. H., ich will ja nicht die Ansichten des Herrn Vorredners zurückweisen, aber ich denke, daß wir hier, wo es sich um die Anlegung einer neuen Straße handelt, geringe oder gar keine Kosten haben werden. Ich will sodann die beiden Bedenken des Herrn St.-V. Hüllmann zu widerlegen suchen. Was zunächst die Steigung betrifft, so haben wir mehrere Straßen, in denen die Steigung eine größere ist als 1 : 19,6. Ich erinnere nur an die Straßen an der Waisenhausmauer nach dem Königsplatz, wo täglich die größten Lastwagen fahren. Wenn eine solche Straße derartig befahren wird, so werden wir auch hier mit dieser Steigung recht gut auskommen. Wenn nun Herr St.-V. Hüllmann außerdem sagt, er bedaure es aus sanitären Rücksichten, daß die Gärten wegkommen, so stimme ich ihm bei, ich wünsche aber, daß Wohnungen an Gärten gebaut werden. Wenn ein großer Garten von einer Mauer umgeben ist und wir sehen ihn an, so haben wir nicht viel Gesundes davon, wenn wir aber Häuser mit Gärten herum haben und statt in eine hohe Miethskaserne in ein Haus mit Garten ziehen, so ist das nach meinem Dafürhalten für die Gesundheit äußerst förderlich. Wenn nun der Herr geheime Oberpostrath die Ahnung hat, daß wir das Bebauen des Terrains da unten im Postgrundstücke verhindern wollen und wir hören, daß die kaiserliche Oberpostdirektion später einmal in die Lage kommen wird, das ganze Terrain für Dienstwohnungen ꝛc. bebauen zu müssen, so ist es gerade im Interesse dieses Wunsches, daß das Terrain nicht bebaut wird. Wenn wir später auf die Angelegenheit kommen werden, so läßt sich mit Leichtigkeit ein ganz anderes Ausweichen der kaiserlichen Postbehörde nachweisen. Wir werden in dieser Weise, nach meinem bescheidenen Dafürhalten, die sanitären Verhältnisse unterstützen. Ich bitte noch einmal, die Vorlage anzunehmen.

Der Vorsitzende erklärt sich gegen den unteren Theil der Straße, in Betreff des oberen Theiles ist er für eine Breite von 12 Metern.

Stadtv. Steinhauf: Ich habe vor Jahr und Tag, als ich Referent in dieser Angelegenheit war, lebhaft gegen das Projekt gesprochen. Nachdem nun aber die städtische Behörde die Straße beschlossen und die Provinzialbehörde die Nothwendigkeit der Straße ausgesprochen hat, halte ich es für durchaus ungeeignet, etwas gegen dieses Projekt sprechen zu wollen. Ich will blos die vorher angeregte Frage der Geldentschädigung versuchen zu beantworten, weil ich es für meine Pflicht halte, die Herren aufzuklären. Die Straße, welche durch das Meißner'sche Grundstück geht, würde 70 Meter lang und 12 Meter breit werden. Das ergiebt 840 Quadratmeter. Rechnen wir die Eckabstumpfungen dazu, so würde die Stadt 900 Quadratmeter zu erwerben haben. Da wir wohl mindestens für den Quadratmeter eine Entschädigung von 20 ℳ geben müßten, so würde für die Stadt eine Ausgabe von 18 000 ℳ erwachsen. Die Kosten der Anlage der Straße würden wohl dem Herrn Werther zufallen, wenn das Ortsstatut hier Anwendung finden kann. Trotzdem ist das zweifelhaft. Für eine Durchführung der Straße durch den Postgarten würde ich auch nicht sein. Das würde der Stadt noch ein wesentlich größeres Opfer abnöthigen. Aber um diese Frage handelt es sich heute nicht.

Referent: Ich muß einen Irrthum des Herrn Stadtv. Steinhauf aufklären, daß wir für diese Straße eine solche Entschädigung zu zahlen haben. Ich habe schon mitgetheilt, daß Herr Werther in seinem ersten Projekt einen Durchgang von 5 Metern aufgestellt hat. Sie werden zugeben, daß diese 5 Meter schon abgezogen werden müßten, daß es sich also höchstens um eine Verbreiterung von 7 Metern handelt. Danach würden schon 350 Meter in Wegfall kommen. Ich will außerdem noch einmal erwähnen, daß der Werth eines solchen bebauten Grundstückes ein ganz anderer ist, wenn es an einer solchen Straße, die direkt zum Markte führt, liegt. Ich kann also nur bitten, daß Sie den Antrag annehmen, denn sonst würde die früher angenommene Breite von 13 Metern bestehen bleiben.

Die Versammlung stimmt dem Magistratsantrage zu.

(Schluß folgt.)

Vermischtes.

— Die Verhaftung des Großfürsten Nikolai Konstantinowitsch — schreibt man der „Köln. Ztg." unterm 10. April aus Petersburg — hat begreiflicherweise in engeren Kreisen großes Aufsehen erregt, wenn schon die Kunde davon mit ihren Einzelheiten noch immer nicht in das große Publikum gedrungen ist. Es giebt Leute, die den jungen Großfürsten vertheidigen, ihm auch gute Eigenschaften, namentlich eine mehr als gewöhnliche Begabung nachrühmen. Nikolai Konstantinowitsch lebte in wilder Ehe mit der Tochter eines Arztes aus dem Samaraschen Gouvernement, einer, wie sie geschildert wird, zwar etwas emanzipirten, aber sehr achtbaren, gebildeten und anständigen jungen Dame. Nun will man zu des Großfürsten Ehre annehmen, es habe dem Kaiser blos an einer Trennung der beiden Liebesleute, deren Verhältniß ihm ein Anstoß gewesen, gelegen, als er den Verhaftsbefehl gegen seinen Vetter aussprach. Das wäre ja möglich, aber doch recht unwahrscheinlich, denn diese Trennung hätte schon längst in anderer Weise vorgenommen werden können, ohne daß man dazu den Großfürsten verhaften und unter Bedeckung nach dem Pawlowsker Schloß zu bringen brauchte. Wäre es außerdem nicht einfacher gewesen, die junge Dame zu entfernen, als den kaiserlichen Prinzen? Das dürfte doch bedeutend weniger Aufsehen gemacht haben, und noch dazu das Alles in jetziger Zeit! Nein, leider kann kaum ein Zweifel darüber herrschen, daß Nikolai Konstantinowitsch in die nihilistischen Bestrebungen verwickelt gewesen ist. Was jetzt schwerwiegendes Zeugniß gegen ihn ablegt, das sind eben die unbegreiflichen Depeschen, die er an seinen Vater Konstantin geschickt hat. Wenn es in einer derselben heißt: „Wir erwarten dich an der bestimmten Stelle, komm, wir Alle sind versammelt!" so kann damit auch etwas Anderes als eine nihilistische Zusammenkunft gemeint sein, vielleicht eine Bärenjagd, denn Das sähe Konstantin nebst Sohn ganz ähnlich, sich während der tiefen Trauer und des langweiligen Lebens in Petersburg auf eigene Faust ein wenig zu belustigen. Aber warum dann die Verhaftung, die nothwendigerweise bekannt werden und zu allen schlimmen Vermuthungen Anlaß geben mußte? Man kann die Sache drehen und wenden wie man will, man findet keinen triftigen Grund für die Verhaftung des Großfürsten, als eben nur jenen früher angedeuteten. Uebrigens wird aus leicht erklärlichen Gründen die ganze Angelegenheit so viel wie nur irgend möglich geheimnißvoll behandelt. Daß die Verhaftung des Großfürsten eine Thatsache ist, bestreitet man hier nicht im Geringsten, man will nur nicht zugeben, daß sie wegen der Betheiligung Nikolai's an nihilistischen Umtrieben erfolgt sei.

— Eine Trichinen-Epidmie am Jordan. Professor Virchow veröffentlicht in der neu sten Nummer seines „Archivs" eine interessante Zuschrift des Dr. John Wortabet, Arzt am St. Johannes-Hospital in Beyrut, über den Ausbruch einer von diesem beobachteten großen Trichinen-Epidemie in dem Dorfe El-Khiam in der Nähe der Jordanquellen, welche unzweifelhaft auf den Genuß des Fleisches eines einzigen Wildschweines zurückzuführen war. Bei sämmtlichen Dorfbewohnern, welche davon genossen hatten, traten in der dritten bis vierten Woche darauf die Symptome der Trichinosis ein, und zwar erkrankten 124 Männer, 103 Frauen und 35 Kinder, im Ganzen 262 Personen, von denen nur sechs starben. Ueber die natürlichen Gewohnheiten des in jenen Marschgegenden sehr häufig vorkommenden Wildschweins ist zu erwähnen, daß es von den Wurzeln des Papyrus lebt und, mit seinem Rüssel den Boden aufwühlend, auch allerlei kleine Thiere frißt, als Würmer, Schlangen und wilde Ratten, welche letzteren zuweilen Trichinen führen. — Dazu bemerkt Professor Virchow, daß auch schon in Deutschland beim Wildschwein Trichinen aufgefunden wurden, daß jedoch das hier zum ersten Male konstatirte Vorkommen dieses Parasiten im Orient für die Kulturgeschichte von großem Interesse sei, weil darin die mosaischen Speisegesetze nunmehr ihre positive Begründung finden.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-629230-18810415023/fragment/page=0003

Brandenburg a. d. Havel, 12. April. Der Konkurs Petersen & Clingestein macht hier großes Aufsehen. Mehrfach ist bemerkt, der jetzt in Haft befindliche Clingestein sei ein psychologisches Räthsel. Ich unterschreibe diese Bemerkung vollständig. C. war Stadtrath, Mitglied des Kirchenraths, Landwehroffizier und in allen hiesigen Gesellschaftskreisen ebenso beliebt wie geachtet. Wenn ich hinzufüge, daß bei dem Konkurse der hiesige Vorschußverein, eingetragene Genossenschaft, mit 60 000 M. betheiligt ist, so begreift sich, weshalb in unserer Stadt noch nie ein Fallment eine so große Erregung hervorgerufen hat, wie der Konkurs Petersen & Clingestein. Wie der Mann es fertig gebracht, trotz seiner entsetzlich zerfahrenen Verhältnisse (er muß die Wechselfälschungen bereits seit geraumer Zeit betrieben haben), bis ganz kurz vor seiner Verhaftung an gesellschaftlichen Vergnügungen in der jovialsten, heitersten Stimmung Theil zu nehmen, bleibt seinen Bekannten unerklärlich. Ich übertreibe nicht, wenn ich ihnen schreibe, daß man hier anfangs Miene machte, dem Direktor Kulisch vom Hallescheschen Bankverein, als derselbe nach Brandenburg kam und hiesigen Kaufleuten mittheilte, er werde Clingestein wegen Wechselfälschungen verhaften lassen, wegen vermeintlicher Verleumdung ernste Ungelegenheiten zu bereiten. Herr Kulisch hatte sich bereits sofort nach seiner Ankunft in Clingestein's Comtoir begeben und demselben die Wechselfälschungen auf den Kopf zugesagt. Clingestein gestand seine Verbrechen wider Erwarten sofort ein. Als dann Herr Kulisch sich zu hiesigen Geschäftsfreunden begab (der Hallesche Bankverein arbeitet mit einigen zwanzig brandenburger Firmen), ging Clingestein zu dem Oberbürgermeister Reuscher und bat denselben, ihn zu verhaften. Herr Reuscher faßte dieses Ansuchen zunächst als einen schlechten Scherz auf und es bedurfte längerer Verhandlungen, bis er sich, tief ergriffen, dazu verstand, die Verhaftung anzuordnen. Die Aussichten der Gläubiger Clingestein's, der nur eine erpachtete Fabrik betrieb, sind sehr trübe; die Konkursdividende wird recht schmal ausfallen. Natürlich drängt sich da die Frage auf, in welcher Weise eine so große Summe hat verloren gehen können. Es fehlt bis jetzt noch an jeder sicheren Aufklärung. (D.Pf.Z.)

— Zur Warnung theilen wir folgenden, in Meiningen vorgekommenen Unglücksfall mit: Ein 10 Jahr alter Knabe wurde von seinem Vater weggeschickt, in einem Glase etwas zu holen. Der Knabe springt eilig fort und zum Haus hinaus auf das in der engen Straße nur sehr schmale Trottoir. Nach einigen Sprüngen gleitet derselbe davon ab und stürzt auf der Straße der Länge des Körpers nach hin, so daß das Glas, welches er in seiner Tasche trug, zerbrach, wodurch ein größeres Stück desselben sich durch die Tasche hindurch in das Gelenke zwischen Oberschenkel und Unterleib einbohrte und dabei die Hauptader zerschnitt; eine Verblutung trat infolge dessen ein und der Knabe war trotz sofortigen Beistandes zweier Aerzte in einer Viertelstunde eine Leiche. Da viele Knaben die Gewohnheit haben, Gläser in die Hosentaschen zu stecken und dabei zu springen, so sollten sich die Eltern diesen Vorfall als Warnung dienen lassen und ihre Kinder vor dieser Unsitte warnen.

— Ungeheures Aufsehen macht die Entdeckung von Fälschungen (die sich bis 800 000 M. belaufen sollen), welche seitens einer hochstehenden, eine hohe offizielle Stellung bekleidenden Persönlichkeit in Schweden begangen sein sollen. Der Fälscher war Ritter des Seraphinenordens, Besitzer des Elephantenordens und Inhaber vieler hoher europäischer Auszeichnungen. In einzelnen Fällen sollen die Namen des Königs und der Königin gemißbraucht worden sein. (In anderen Berichten wird die betr. Persönlichkeit bezeichnet: Graf Henning Hamilton, Kanzler der Universitäten Lund und Upsala und Direktor einer ganzen Anzahl von öffentlichen Institutionen.)

— Die erste von amerikanischen Unternehmern gebaute Eisenbahn in Japan wurde im Anfang d. J. auf 37 km Länge eröffnet. Nach ihrer Fertigstellung wird sie den Hafen Otarunai an der Westküste von Yezo mit Lapparo, der Hauptstadt dieser Insel und mit den Kohlenfeldern von Paroni verbinden.

— Ein unerhörter Skandal ist im italienischen Parlament vorgekommen. Seit einiger Zeit bemerkten mehrere Deputirte, daß, wenn sie ihre Brieftaschen im Ueberrock stecken ließen, dieselben beim Anziehen entweder ganz fehlten oder doch sehr erleichtert waren. Eine besondere Ueberwachung wurde in Folge dessen in der Garderobe angeordnet. Vor einigen Tagen erwischte man den Marder in der Person eines Deputirten, als er soeben der Brieftasche eines Kollegen hundert Lire entnommen hatte. Es verlautet, der Präsident Farini habe dem Staatsanwalt Anzeige von dem Diebstahl gemacht. Bis jetzt hört man jedoch nichts davon, daß der langfingerige Gesetzgeber aus den südlichen Provinzen seine Entlassung genommen hat.

— Chios — schreibt ein Berichterstatter der „Times", welcher den Schauplatz des Erdbebens besucht hat — sieht aus, als ob es einem furchtbaren Bombardement ausgesetzt gewesen wäre. Hunderte von Häusern liegen in Trümmern und unter ihnen begraben wer weiß wie viel Hundert Menschen. Und was von Häusern noch steht, ist gerissen und ohne Dach und kann jeden Augenblick einstürzen. Jedes Gebäude in der Stadt hat mehr oder weniger schwer gelitten, die unglücklichen Einwohner irren umher, suchen nach Angehörigen, die sie vermissen und nach verlorenem Eigenthum, wagen aber nicht den Schutt wegzuschaffen, da es eine lebensgefährliche Arbeit ist, und die, welche es wagen wollen, werden von besorgten Verwandten und Angehörigen zurückgehalten. Furcht, Kummer und Verzweiflung ist auf jedem Gesicht zu lesen und Alle haben Leidensgeschichten und entsetzliche Erlebnisse zu erzählen. Der erste Stoß wurde Sonntag Nachmittag 1½ Uhr gefühlt und gleich bei diesem ersten Stoße stürzten die Häuser zusammen. Ein wilder Aufschrei und dann ein minutenlanges grauenhaftes Schweigen, bis die Ueberlebenden sich gefaßt hatten und durch die engen Gassen auf die freien Plätze sich hinaus flüchteten. Bald kam ein zweiter furchtbarer Stoß und vollendete die Zerstörung. Dann ruhten die unterirdischen Kräfte bis Sonnenuntergang, und nun wurde die Insel geröttelt und geschüttelt wie nie zuvor, und die ganze Nacht hindurch folgten sich in kurzen Zwischenräumen die Erdstöße. Jedem ging ein dumpfes Geräusch vorher, wie von einer unterirdischen Explosion. Seitdem sind die Erschütterungen sehr häufig. Erst das unterirdische Getöse, dann der Stoß. Die alte genuesische Festung, die jetzt etwa 400 Häuser enthält, Wohnungen von Muselmännern und Juden, hat mehr als die übrige Stadt gelitten. Der Boden sank dort ungefähr einen halben Meter und alle Häuser wurden dabei zerstört. Hunderte von Menschen müssen hier umgekommen sein. Dreißig mohamedanische Frauen waren in einem der Häuser versammelt und keine von ihnen ist am Leben geblieben. Von einer medizinischen Kommission wird ernstlich in Erwägung gezogen, ob man nicht lieber den Trümmerhaufen mit Erde bedecken soll, als ihn aufzugraben. Zu retten ist Niemand mehr und das Hervorziehen der Leichen könnte gefährliche Krankheiten herbeiführen. Der südliche Theil der Insel soll noch mehr gelitten haben als Chios. In Tschesme, das auf dem Festlande liegt, sind verhältnißmäßig nur wenige Menschen umgekommen, etwa 10 von den 1200 Einwohnern, aber sämmtliche Häuser sind schwer beschädigt.

Bekanntmachung.

Die zur Zeit stattfindende Auction des Leihamts wird vom 15. bis incl. den 19. d. Mts. ausgesetzt; dann aber **von Mittwoch den 20. bis Freitag den 22. d. Mts. wieder fortgesetzt.** — Kauflustige werden hierzu eingeladen.

Halle a/S., am 13. April 1881. **Das Leihamt der Stadt Halle.**
Röder, Inspektor.

Bekanntmachung.

1½ Speckseite, 8 Rothwürste,
1 Schinken, 5 Schlackwürste

sind in der Nacht vom 9. zum 10. d. aus dem Grundstück kleine Brauhausgasse Nr. 11 entwendet worden.

Vor Ankauf wird gewarnt und um Mittheilung aller auf die Ermittelung des Thäters führenden Umstände ersucht.

Halle a/S., den 11. April 1881. **Die Polizei-Verwaltung.**

Bekanntmachung.

In der am 10. April d. J. abgehaltenen außerordentlichen Generalversammlung der vereinigten Dienstmänner (eingetragene Genossenschaft) hierselbst, behufs Ergänzung des Vorstandes ist der Dienstmann **Gustav Preuß** als Vorstandsmitglied gewählt.

Der Bazar des Vereins zur Erhaltung von Freibetten für arme Kranke wird in nächster Zeit stattfinden, und bitten wir etwaige Gaben für denselben bis zum 24. April an die Unterzeichneten abzugeben.

Der Verein hat im vergangenen Jahre 37 Kranke dem Diakonissenhause übergeben und für diese 616 Pflegetage bezahlt, außerdem hat er 9 Kranke in der Augenheilanstalt des Herrn Professor Dr. Gräfe 190 Tage unterhalten. Die meisten der Patienten sind vollständig hergestellt worden.

An dem von unserer Stadt festlich begangenen Gedenktage der Vereinigung mit Brandenburg-Preußen hatten wir die Freude aus Vereinsmitteln ein drittes Kinderfreibett zu stiften und, wie in den früheren Fällen, dem Magistrat der Stadt das eventuelle Verfügungsrecht über das eingezahlte Kapital von 3600 M. zu übergeben.

Indem wir für die Beihilfe danken, die dem Verein bisher zu Theil geworden ist, bitten wir zugleich, denselben in der Ausübung seiner Aufgabe durch Beiträge an Geld und Verkaufsgegenständen, sowie durch Einkäufe auf dem bevorstehenden Bazar unterstützen zu wollen.

Der Vorstand.
Lina Mühlmann. Johanna v. Kaltenborn. Emmy Bethcke.
Friederike Giesebrecht.

Hüte, Mützen, Shlipse, Hosenträger, Knabenmützen von **50 Pfg.** an.
T. Hein, Geiststr. 30.

1 mahag. Sekret. mit Stehpult-Einr. für 18 M. zu verk. **Giebich.,** Gartenstr. 1.

Ein **Bierdruckapparat,** fast wie neu, ist **preiswerth** zu **verkaufen**
gr. Ulrichstr. 37, im Laden.

Leiterwagen, 4", neuen Handrollwagen verk.
Hüllemann, Lindenstr. 24.

Vermiethungen.

Wegen Verlegung meines Geschäftes **nach Poststrasse 10** wird Laden mit eleg. Schaufenst., Ladenstube, auch Niederlage, p. Aug. resp. Oct. frei. Näh. Barfüsserstr. 6a in Papierh. **Franzke.**

Laden nebst Wohnung sofort oder später zu vermiethen
Schmeerstraße 13.

Laden-Vermiethung.
Per Oktober ist ein großer Laden event. mit Niederlagsraum und Wohnung, zu vermiethen Leipzigerstr. 103.
Bruno Freytag.

Etage 1. Okt. beziehbar Königsstrasse 20c.

Ein Laden mit schönem Comptoir und Wohnung, ist zu vermiethen u. zum 1. Juli beziehbar gr. Ulrichstraße 37.

1 herrschaftliche Wohnung, 6 heizbare Stuben nebst Zubehör und Garten, eventuell Pferdestall, zum 1. Juli zu beziehen
Bernburgerstraße 29.

Eine Wohnung, 3 Stuben, 1 Küche, Preis 180 M., zum 1. Juli zu vermiethen
Bernburgerstraße 29.

Riemeyerstraße 13
hohe Parterre-Etage 1. Oktober zu beziehen.

Eine freundliche Hof-Wohnung, bestehend aus 2 Stuben, 2 Kammern, Küche 2c., ist zu vermiethen und 1. Juli zu beziehen
gr. Ulrichstraße 37.

Eine Wohnung zu 35 Rℳ sof. zu beziehen
Harz 37, Eingang Karlstraße.

Daselbst ein **Mops** zu verkaufen.

Weidenplan 8 ist die **herrschaftliche Parterrewohnung** (etwa 10 Piècen) mit Gartenbenutzung zum 1. Oktober zu vermiethen. Näheres Weidenplan 8, I.

Zu vermiethen
herrschaftl. Wohnung per 1. Oktober, Badez., Gartenbenutz. event. Pferdest. 2c.
Bernburgerstraße 15.

Leipzigerstraße 17, II,
ist die 1. Etage jetzt oder 1. Juli beziehbar.

Eine geräumige Wohnung, Stube, K., K. und sonstiges Zubehör, an Leute ohne Kinder zu vermiethen
an der Moritzkirche 1. **C. Reußner.**

Das. ein guter **Kleiderschrank** zu verkaufen.

In der Nähe des neuen Gymnasiums, Zinksgarten 6, ist eine herrschaftl. Wohnung, bestehend aus 4 Stuben und nöthigem Zubehör, mit Gartenbenutzung, zum 1. Oktober c. zu beziehen. Näheres im Souterrain.

2 Stuben, Kammer, Küche mit Wasserleitung (48 Rℳ) zum 1. Juli beziehbar
gr. Klausstraße 10.

1 freundl. Wohnung für 180 Rℳ per 1. Juli zu verm. Landwehrstr. 17, II, l.

3 St., 2 K., K. und Zubehör zum 1. Juli zu vermiethen Fleischergasse 30.

1 Wohnung zu vermiethen Ludwigstraße 8.

Stube, Kammer, Küche, Keller 2c. an einzelne Leute zu vermiethen
kl. Ulrichstraße 32.

1 Wohnung zu vermiethen Weidenplan 1, II.

St., K., K., sowie Souterrain-Wohnung zu vermiethen Wüchererstr. 12, I.

Hof-Wohnung, St., K., 1. Juli an stille Leute zu vermiethen Brunoswarte 4.

1 St., K. und Zubehör v. Liliengasse 2.

Freundl. möbl. Zimmer (Monat 9 M.), an 1 oder 2 Herren sof. zu v. Schulberg 13.

Fein möbl. Wohnung Brüderstr. 13, II.

Freundl. möbl. Stube u. K. Franckenstr. 7, II.

Freundl. Stübchen m. B. gr. Ulrichstr. 18, II.

1 möbl. Stube verm. Niemeyerstr. 13.

Einfach möbl. Stube u. K. mit 2 auch 3 Betten zu vermiethen alte Promenade 15.

Möbl. Stube u. K. alter Markt 13, II.

Gut möbl. Zimmer nebst Schlafkabinet sofort zu vermiethen alter Markt 2, II.

Fr. Logis u. Mittagstisch gr. Berlin 14, p.

Gut möbl. Stube u. K. f. 1 oder 2 Herren. Anst. Schlafstelle m. K. gr. Brauhausgasse 2.

Möbl. Stube u. K. Parkstraße 15, I.

Freundl. möbl. Stübchen, Ausf. Poststr., sof. zu vermiethen bei **Weber,** Töpferplan 1.

Frdl. möbl. Wohnung Dorotheenstr. 1a, II.

Zwei freundlich möbl. Zimmer sind an 1 oder 2 Herren zum 1. Mai zu vermiethen. Näheres große Steinstraße 14
im Laden.

Gut möbl. Stube und Kammer sofort zu vermiethen. Näheres
Brüderstraße 9 im Restaurant.

Möbl. Zimmer verm. Königstr. 17, III, r.

Anst. Mitbewohner ges. kl. Sandberg 20, II.

1 anst. Herr findet Logis Parkstr. 11, p. r.

Kl. Stube mit Bett verm. Fleischergasse 21.

Elegantes Garçon-Logis zu vermiethen
Wettinerstraße 19, I.

Möbl. Stube u. K. Dachritzgasse 5, II.

Anst. Schlafstelle m. K. Landwehrstraße 3, II.

Anst. Schlafstellen Blücherstraße 6, I.

Anst. Schlafstelle m. K. Grafeweg b. Stange.

Anst. Schlafstelle m. K. gr. Ulrichstr. 18, II.

Anst. Schlafstellen (Stube) Zapfenstr. 20, II.

Anst. Schlafstelle offen Hanfsack 1, III.

Miethgesuche.

1 Laden mit Wohnung,
für Kurzwaarengeschäft passend, wird in guter Lage zu miethen gesucht.
Gefl. ausführliche Offerten unter
C. 5953
an **Rudolf Mosse,** Leipzig.

Eine Bäckerei
wird sofort zu pachten gesucht durch
Frau Binneweiss,
große Märkerstraße 18.

St., K., K. 1. Juli von einz. Leuten gesucht. Off. **W. Z. 308** Exped. d. Bl.

Wohnung, 4 heizb. Zimmer u. Zub., Preis nicht über 600 M., von e. Beamten gesucht. Offerten **C. T. 8** Exped. d. Bl. erbeten.

Part.- Wohnung, 3 Stuben, K. nebst Zubehör, mögl. Nähe der Bahn, obere Leipzigerstr. oder im Königsviertel, zum 1. Oktober gesucht. Offerten unter **H. i. 9996** an
Rudolf Mosse, gr. Ulrichstraße 4, I.

Ein junger Kaufmann sucht zum 1. Mai
ein Garçonlogis,
Nähe der kleinen Ulrichstraße.
Adressen erbeten unter **M. Z.** postlagernd Halle Postamt 1.

Möbl. Wohnung mit Mittagstisch f. 1 H. gesucht. Off. mit Preisangabe **S. i. 9995** an **Rudolf Mosse,** Halle, gr. Ulrichstr. 4, I.

Stube sofort gesucht Königstr. 5a, Hof, III.

Stadt-Theater.
Freitag und Sonnabend
geschlossen.
Sonntag:
Die Zauberflöte.

Thieme's Garten, Augustastr. 2, nahe der Bahn und Ausstellung, ist eine fr. Stube mit K. sof. zu vermiethen.

Restaurant Kühler Brunnen.

Heute **Charfreitag** und die **Feiertage**
Bockbier
und **Speckkuchen,**
wozu freundlichst einladet **H. Schade.**

Hall. Turn-Verein.
Montags und Donnerstags Uebung.

Für den redactionellen Theil verantwortlich C. Bobardt in Halle. — Expedition im Waisenhause. — Buchdruckerei des Waisenhauses.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-629230-18810415023/fragment/page=0004